

Irland

WOLFGANG SCHUMANN

Die irische EG-Politik wird durch einige wesentliche wirtschaftliche und politische Faktoren bestimmt, die hier einleitend kurz zusammengefaßt werden sollen; ihre Kenntnis ist Voraussetzung zum Verständnis der Politik des Landes im Berichtszeitraum. Mit 3,4 Mio. Einwohnern und einem Bruttosozialprodukt von 7,2 Mrd. Irischen Pfund im Jahre 1979 ist Irland das – nach Luxemburg – bevölkerungsmäßig kleinste und – nach Griechenland – ärmste Land der Gemeinschaft¹. Die Landwirtschaft ist nach wie vor von zentraler Bedeutung: ein Fünftel der Erwerbstätigen finden hier ihren Arbeitsplatz, die auf ihr basierende Ernährungsindustrie stellt nahezu ein Viertel aller industriellen Arbeitsplätze. Außerdem ist sie mit einem Drittel am gesamten Export beteiligt².

Hinzu kommen im politischen Bereich das Nordirlandproblem – nach wie vor eines der dominierenden Felder irischer Politik – und die damit zusammenhängenden besonderen Beziehungen zu Großbritannien. Was die außenpolitischen Interessen anbelangt, ist auf eine aus der eigenen Geschichte heraus erwachsene Sympathie für die Dritte Welt und, damit zusammenhängend, sehr aktive UN-Politik zu verweisen. Auch muß daran erinnert werden, daß Irland nicht Mitglied der NATO ist.

Irlands Interessen

Die aus irischer Sicht wichtigsten Elemente der EG sind von daher die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) sowie die verschiedenen Fonds und die damit verbundenen wirtschaftlichen Vorteile³, die Möglichkeit, als gleichberechtigter Partner in einem größeren Rahmen mit Großbritannien das Nordirland-Problem zu diskutieren und nicht zuletzt die für ein kleines Land wie Irland aus der Teilnahme an der EPZ⁴ resultierenden Chancen, seine außenpolitischen Vorstellungen zum Tragen zu bringen.

Zu dieser allgemeinen Interessenlage kommen als weitere Bestimmungsfaktoren die wirtschaftlich sehr schlechte Situation des Landes im Jahre 1980⁵ sowie die Politik der Gemeinschaft im Berichtszeitraum. Haushaltsprobleme, Vorschläge zur Eindämmung der Überschüsse in der Landwirtschaft, der Streit um die Fischereipolitik und die internationalen Herausforderungen, denen sich die EG stellen mußte, sind hier die wichtigsten Stichworte.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen dürfte es nicht mehr überraschen, daß die irische EG-Politik – und das trifft für alle Akteure zu – vor allem ver-

suchte, die aufgrund des Haushaltsstreits und den Vorschlägen zur Eindämmung der Agrarüberschüsse drohende Einschränkung ihrer wirtschaftlichen Vorteile aus der EG abzuwehren. Als besonders gefährlich wurde dabei der Streit um den britischen Haushaltsbeitrag empfunden: zwar hatte der Kompromiß vom 30. Mai als Gesamtpaket Irland durchaus Vorteile gebracht; ein Argumentieren mit dem Prinzip des ‚juste retour‘, wie es hier z.T. praktiziert worden war, ist für Irland jedoch völlig inakzeptabel.

Die Europapolitik der irischen Regierung

Im Vorfeld des Haushaltskompromisses vom 30. Mai waren es in erster Linie die Vorschläge der Kommission zur Reduzierung der Ausgaben bei Milch, Zucker und Rindfleisch sowie die sich aus den britischen Forderungen ergebenden finanziellen Implikationen für Irland, mit denen sich die offizielle EG-Politik beschäftigte. Auf verschiedenen Tagungen des Landwirtschaftsrates wurden die irischen Einwände gegen die Kommissionsvorschläge vorgebracht: die beabsichtigten Maßnahmen liefen den wirtschaftlichen Interessen Irlands zuwider und seien – was die Superabgabe (Erzeugermitverantwortungsabgabe) für Milch angeht – auf falschen Prinzipien aufgebaut; die vorgeschlagene Reduzierung der Zuckerquoten sei absolut inakzeptabel und gefährde Arbeitsplätze; die Aussetzung der Intervention bei Rindfleisch während der Sommermonate würde eine Schwächung der GAP bedeuten⁶. Als Preis für die Zustimmung zu einer Regelung der britischen Wünsche wurden in einem Memorandum an den Rat fundamentale Änderungen beim Regionalfonds verlangt, die im Kern eine größere Konzentration der Mittel auf die ärmsten Gebiete der Gemeinschaft vorsahen. Außerdem wurde die ineffektive und zu langsame Verwaltung der Mittel kritisiert⁷.

Der Aufschub und das Scheitern des Gipfels in Luxemburg, Ende April, lösten, aufgrund der Bedeutung der anstehenden Entscheidungen für Irland, große Besorgnis aus. In seinem Bericht über dieses Gipfeltreffen vor dem Dail⁸ sagte der Taoiseach⁹ u.a.: „There was real and serious damage done to the morale of the Community and to the effectiveness of its institutions“¹⁰.

Der Kompromiß vom 30. Mai wurde deshalb mit großer Erleichterung aufgenommen, zumal er aus irischer Sicht äußerst positive Elemente beinhaltete: Superabgabe, Aussetzen der Rindfleischintervention und eine Reduzierung der Zuckerquoten waren vorläufig vom Tisch; es hatte Einigung über eine gemeinsame Schaffleisch-Markordnung erzielt werden können; die finanziellen Regelungen brachten Irland etwa 100 Mio. Irische Pfund zusätzlich¹¹.

Auf der anderen Seite war klar, daß der Kompromiß auch seine negativen Seiten hatte: einmal – darauf wurde bereits oben hingewiesen – weil die britische Haltung den Charakter der Gemeinschaft grundsätzlich beeinflussen und ändern könnte, zum anderen, weil Haushaltsfragen und, im Zusammenhang damit, eine Reduzierung der Kosten der GAP in den Mittelpunkt des Interesses rückten. Versuche, daraus möglicherweise für Irland erwachsende negative Auswirkungen

gen abzuwenden, standen im Mittelpunkt der EG-Politik im zweiten Halbjahr 1980.

So wurde, gleichsam offensiv, bei verschiedenen Gelegenheiten die Erhöhung der Eigenmittel der Gemeinschaft mittels einer Anhebung der 1%-Mehrwertsteuererhöhung gefordert.

Auf einem Treffen der Ständigen Vertreter am 10. Juli wurden die EG-Partner davor gewarnt, die Bedeutung der GAP zu verringern: dies würde von Irland als Abkehr von den ursprünglichen Zielen der Gemeinschaft gewertet werden¹². Auch die Studie der Kommission über die Finanzen der Gemeinschaft¹³ könne und dürfe weder die gemeinsame finanzielle Verantwortlichkeit für die Politiken, die aus den Eigenmitteln der EG finanziert werden, noch die Grundprinzipien und Ziele der GAP in Frage stellen.

Im Zusammenhang mit der Ernennung einer neuen Kommission wurde das Interesse an einer unabhängigen und starken Kommission deutlich gemacht, die eine wichtige Rolle in den bevorstehenden Diskussionen über die Finanzen der Gemeinschaft spielen sollte und außerdem die einzige Antwort auf eine zu starke Dominanz der EG durch die drei Großen – die Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien – sein könne.

Außerdem wurde ein interministerieller Ausschuss eingesetzt, der sich intensiv mit allen Fragen des Gemeinschaftshaushalts und den Auswirkungen einer möglichen Umstrukturierung auf Irland auseinandersetzen soll – ein weiteres Indiz dafür, welche bedeutende Rolle EG-Politik in Irland spielt und wie wichtig die derzeitigen Diskussionen genommen werden.

Neben diesen eigenen Initiativen und Aktivitäten galt es aber auch, sich mit entsprechenden Vorschlägen auf der Gemeinschaftsebene auseinanderzusetzen. Irland wandte sich insbesondere gegen den Vorschlag der Kommission, seinen Anteil am Regionalfonds zu reduzieren¹⁴, um Griechenland einen Anteil von 15% zu sichern. Dies hätte eine Niederlage für die diplomatische Offensive des Landes bedeutet, den Regionalfonds – als Bedingung für eine Aufnahme Griechenlands – aufzustocken. Auch im Zusammenhang mit der Diskussion des Haushalts 1981 im Rat wurde darauf hingewiesen, daß die Erweiterung gemeinschaftliche Projekte und Politiken nicht gefährden dürfe.

Ein weiteres Problem bei den Haushaltsberatungen ergab sich aus den Versuchen einiger Länder, die Ausgaben für Regional- und Sozialpolitik drastisch zu beschneiden. Damit würde – so die irische Position – eines der fundamentalen Ziele der Gemeinschaft, die Reduzierung der Einkommensunterschiede zwischen armen und reichen Regionen, in höchstem Maße gefährdet¹⁵.

Neben sich aus der Politik der Gemeinschaft ergebenden Aktivitäten muß noch auf gegen Ende des Jahres mit der Kommission aufgenommene Gespräche hingewiesen werden; diese hatten zum Ziel, spezielle finanzielle Hilfen und andere Verbesserungen für die von drastischen Einkommensverlusten betroffenen irischen Bauern zu erreichen.

Irland hat im Jahre 1980 natürlich auch an allen Aktivitäten im Rahmen der

EPZ teilgenommen, die – das folgende Zitat mag dies verdeutlichen – als außerordentlich wichtig angesehen werden: "It is not possible for a small State like our own to be able to influence the external world decisively by its own actions. But Ireland does not today act in isolation. We face the world in partnership within the European Community and we seek together to confront common problems"¹⁶.

Das eindeutige Schwergewicht der EG-Politik der irischen Regierung im Jahre 1980 lag aber – ungeachtet der Vielzahl der internationalen Probleme und Herausforderungen – bei den oben beschriebenen internen Auseinandersetzungen um den Haushalt, die Ausstattung der Fonds und die GAP; auf den Gebieten also, wo es um konkrete (land-)wirtschaftliche Interessen und Vorteile des Landes ging.

Andere Akteure irischer Europapolitik

Die politischen Parteien haben sich aus verschiedenen Anlässen mit EG-Politik beschäftigt. Einmal im Rahmen ihrer Parteitage, wo insbesondere von Fianna Fail, der Regierungspartei, und Fine Gael, der größten Oppositionspartei, die Bedeutung der GAP für Irland betont ". . . but our partners must understand the major role agriculture plays in our economy and that without the CAP the Community would be much less attractive for us"¹⁷, aber auch auf konkret anstehende Probleme eingegangen wurde: "On the EEC front, Fine Gael is, of course, opposing the super-levy on milk, as well as the beet quota reduction and the proposed limitation on the period of intervention for beef"¹⁸.

Daneben sind die Parlamentsdebatten über Berichte der Regierung zu verschiedenen wichtigen Ratstagungen und den Kompromiß vom 30. Mai sowie Anfragen zur EG-Politik zu erwähnen¹⁹.

Sehr aktiv waren auch die irischen Abgeordneten im Europäischen Parlament, die – über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg – gegen die oben mehrfach erwähnten Vorschläge zur Eindämmung der Agrarausgaben sowie verschiedener Fonds Stellung bezogen haben.

Das irische Parlament hat sich – über die oben erwähnten Debatten hinaus – in zwei Berichten des Joint Committee on Secondary Legislation of the European Communities²⁰ mit EG-Fragen beschäftigt. Der erste, im März vorgelegte Bericht, setzt sich u.a. mit den Folgen präferentieller Handelsabkommen auseinander. Dabei wird argumentiert, daß die Gemeinschaft als Ganzes – und nicht nur die Landwirtschaft – die Kosten der aus politischen Gründen mit Drittländern abgeschlossenen Verträge tragen müßte. Außerdem wird die Superabgabe scharf abgelehnt; eine Steigerung der Milchproduktion sei für das Überleben vieler kleiner Betriebe von zentraler Bedeutung²¹.

Ein zweiter, im Juni fertiggestellter Bericht, betont die Notwendigkeit der Unterstützung von Infrastrukturentwicklungsprogrammen aus Mitteln des Regionalfonds. Außerdem wurde ein erster Entwurf zu Vorschlägen über eine gemeinsame Fischereipolitik angenommen, der mit Nachdruck darauf hinweist,

daß bei der Konzeption einer gemeinsamen Fischereipolitik die Interessen vom Fischfang abhängiger Regionen berücksichtigt werden müßten; außerdem sollte ein Quotensystem die Entwicklung der irischen Fischereiindustrie ermöglichen²².

Was die Verbände anbelangt, so sind für den Berichtszeitraum vor allem die Aktivitäten der Agrarverbände, der IFA, der ICMSA und der ICOS²³ zu erwähnen. Das liegt einmal daran, daß sie in besonderer Weise von EG-Politik betroffen sind, weil im Rahmen der GAP die für sie wichtigen Entscheidungen in Brüssel fallen. Hinzu kommt, daß Agrarpolitik – neben Haushaltsfragen – das wichtigste Feld der Gemeinschaftspolitik im Jahre 1980 war.

Die Vorschläge für eine Superabgabe bei Milch, eine Reduzierung der Zuckerquote sowie ein Aussetzen der Rindfleischintervention wurden scharf kritisiert und als absolut inakzeptabel bezeichnet. Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang eine gemeinsame Erklärung von IFA/ICMSA und IC-TU²⁴ sowie eine gemeinsame Protestveranstaltung mit allen im Parlament vertretenen Parteien²⁵. Gegen Ende des Jahres waren es vor allem die Vorschläge der Kommission für eine Reform der GAP, mit denen sich die Verbände auseinandersetzen hatten und die ihren einhelligen Widerstand hervorriefen. Um zu überleben – so wurde argumentiert – sei es für die irische Landwirtschaft unbedingt notwendig, die Produktion zu steigern.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die aus seiner wirtschaftlichen Struktur resultierende Interessenlage, zusammen mit den Auseinandersetzungen um die GAP und den Haushalt in der Gemeinschaft, die irische EG-Politik im Jahre 1980 bestimmt hat. Dies gilt für alle beteiligten Akteure, wobei ein ungewöhnlich hohes Maß an Einigkeit über die Ziele der EG-Politik des Landes zu beobachten war.

Gemessen an diesen Zielen war diese Politik auch erfolgreich: eine Reform der GAP konnte ebenso wie finanzielle Nachteile aus der Haushaltsdiskussion abgewendet werden. Verantwortlich dafür war nicht zuletzt die, bis auf die Fischereipolitik, enge Interessenidentität mit Frankreich, das auch das politische Gewicht besaß, diese Interessen durchzusetzen.

Dennoch wird die weitere Entwicklung mit Sorge betrachtet; man befürchtet nicht nur Veränderungen bei der GAP, sondern auch das Aufkommen eines ‚juste retour‘-Denkens mit allen negativen Folgen. Wie ernst man dies in Irland nimmt, zeigt die folgende Einschätzung des Brüssel-Korrespondenten der *Irish Times*: „Next year's negotiations, therefore, will be the toughest international test of an Irish Government, not just since joining the European Community in 1973, but since Independence“²⁶.

Anmerkungen

- 1 Vgl. *The Economist*, 24. 1. 1981.
- 2 Siehe dazu die Rede des Premierministers auf dem Parteitag seiner Fianna Fail Partei am 16. 2. 1980 in Dublin, abgedruckt in: *The Irish Times*, 18. 2. 1980.
- 3 So betrogen die Nettozahlungen an Irland im Jahre 1980 nach Schätzungen der Kommission 523 ERE, siehe BMF-Dokumentation, 10. 3. 1981.
- 4 Europäische Politische Zusammenarbeit.
- 5 Sie ist gekennzeichnet durch eine Arbeitslosenquote von 10%, eine Inflationsrate von rund 20% sowie ein Sinken der realen Einkommen der Bauern um rund 50% innerhalb von zwei Jahren, Angaben nach *The Economist*, 24. 1. 1981.
- 6 Vgl. *The Irish Times*, 22. 1. sowie 5./6. 3. 1980.
- 7 Vgl. *The Irish Times*, 1. 2. 1980.
- 8 Erste Kammer des irischen Parlaments.
- 9 Premierminister.
- 10 Zit. nach *The Irish Times*, 2. 5. 1980.
- 11 Rund 75 Mio. im Rahmen der GAP, 15 Mio. im Rahmen des Regionalfonds.
- 12 Vgl. *The Irish Times*, 11. 7. 1980.
- 13 Die Kommission war im Rahmen des Kompromisses vom 30. Mai beauftragt worden, eine derartige Studie zu erstellen.
- 14 und zwar von 6,46 auf 5,87%.
- 15 Siehe dazu die Ausführungen von Staatsminister Jean Calleary, wiedergegeben in *The Irish Times*, 24. 9. 1980.
- 16 Department of Foreign Affairs, Estimates 1980, p. 6.
- 17 Rede des Taoiseach auf dem Parteitag seiner Fianna Fail Partei am 16. 2. 1980 in Dublin, zit. nach *The Irish Times*, 18. 2. 1980.
- 18 Rede des Vorsitzenden der Fine Gael Partei, Garret Fitzgerald, auf dem Parteitag seiner Partei am 29. 3., zit. nach *The Irish Times*, 31. 3. 1980.
- 19 z.B. über den Kandidaten der Regierung für die neue Kommission.
- 20 Zu Entstehung, Zusammensetzung, Funktionen und bisheriger Tätigkeit dieses sich speziell mit EG-Fragen beschäftigenden Ausschusses siehe: European Parliament, Directorate General for Research and Documentation. The effects on Ireland of membership of the European Communities, June 1979, p. 9–12.
- 21 Vgl. *The Irish Times*, 28. 3. 1980.
- 22 Vgl. *The Irish Times*, 12. 6. 1980.
- 23 Irish Farmers' Association, Irish Creamery Milk Suppliers' Association, Irish Cooperative Organization Society.
- 24 Irish Congress of Trade Unions.
- 25 am 18. 2. in Nenagh.
- 26 John Cooney in *The Irish Times*, 17. 11. 1980.

Weiterführende Literatur

- Attwood, E.A., Le point de vue irlandais; in: *Revue du Marché Commun*, No. 235. Mars 1980, p. 120–134 (L'avenir de la politique agricole commune).
- Brown, Tony, Die Direktwahl zum Europaparlament in Irland; in: *Die neue Gesellschaft*, 7/1979, S. 569–571.
- Burns, Brigid u. Trevor C. Salmon, Policy-making coordination in Ireland on European Community issues; in: *Journal of Common Market Studies*, Vol. 15, No. 4, June 1977, p. 272–287.
- Hillery, P.J., Ireland and Britain in the European Community, in: *Administration*, Vol. 24, 1/1976, p. 1–11.
- Keatinge, Patrick, Ireland and the enlargement of the European Community, in: *Administration*, Vol. 27, 1/1979; p. 71–83.
- Ders., The formulation of Irish Foreign policy, *Institute of Public Administration*, Dublin 1973.
- Köhler, E., Irland und Europa, in: *Liberal*, 10/1976, S. 743–753.
- Moxon-Browne, E., Ireland in the EEC; in: *The World Today*, Vol. 31, 10/1975, p. 424–432.
- Ders., Irish political parties and European integration, in: *Administration*, Vol. 24, 4/1977, p. 519–532.
- Robinson, M., Preparations for direct elections in Ireland, in: *Common Market Law Review*, Vol. 15, No. 2, May 1978, p. 187–198.